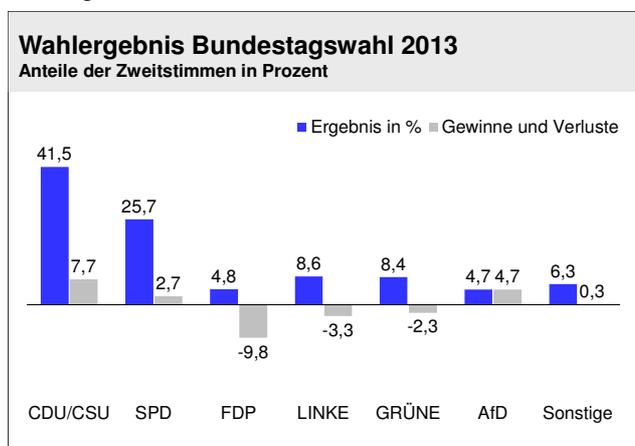


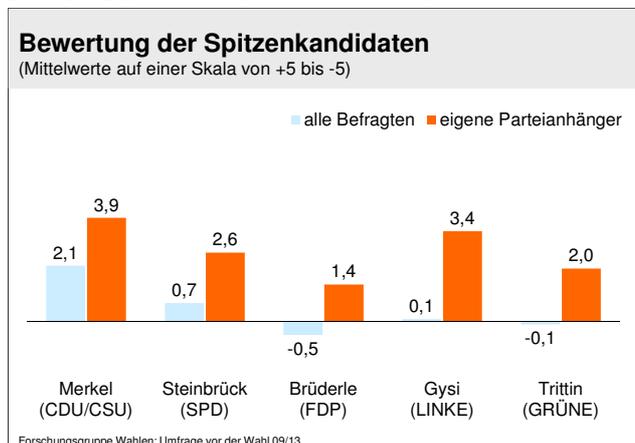
22. September 2013

Überlegener Unionssieg mit Namen Angela Merkel – Parlamentarische Zäsur nach FDP-Absturz

Bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag wird die Union nach einem deutlichem Plus von 7,7 Prozentpunkten mit 41,5% klar stärkste Kraft, die SPD erholt sich leicht von ihrem Allzeit-Tief aus 2009 und erreicht 25,7% (+2,7). Während damit zum ersten Mal seit knapp einem halben Jahrhundert beide großen Parteien zulegen können, haben die drei kleineren Bundestagsparteien – vor vier Jahren ausnahmslos mit Rekordergebnissen – leichte bis dramatische Verluste.

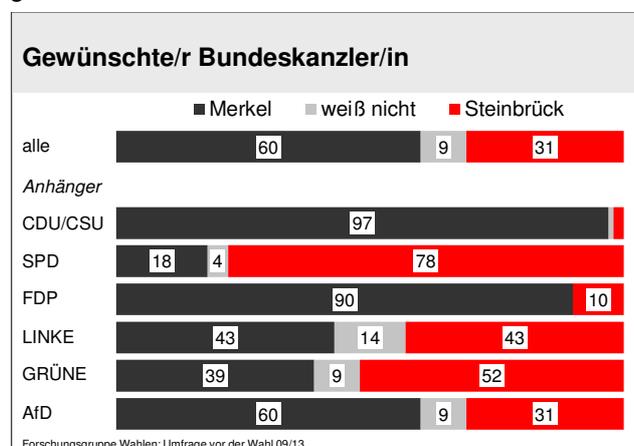


Die Linke kommt auf 8,6% (-3,3) und wird erstmals drittstärkste Kraft vor den Grünen mit 8,4% (-2,3). Die FDP bricht fast zweistellig ein und bleibt, als Partei mit den meisten Regierungsjahren und von Beginn an im Bundestag, mit 4,8% (-9,8) jetzt ganz ohne Mandate. Die Alternative für Deutschland (AfD) schafft aus dem Stand 4,7%, alle sonstigen Parteien erreichen 6,3% (+0,3), darunter die Piraten mit 2,2%. Die Wahlbeteiligung, 2009 auf ein Rekordtief eingebrochen, steigt nur geringfügig um knapp einen Prozentpunkt auf 71,5%.

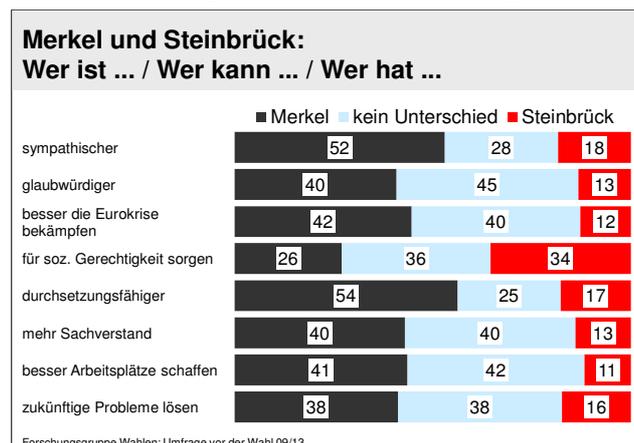


Der 15. Wahlsieg der CDU/CSU bei einer Bundestagswahl basiert auf hohem Parteiansehen, guter Arbeit sowie viel ökonomischer Kompetenz in einem

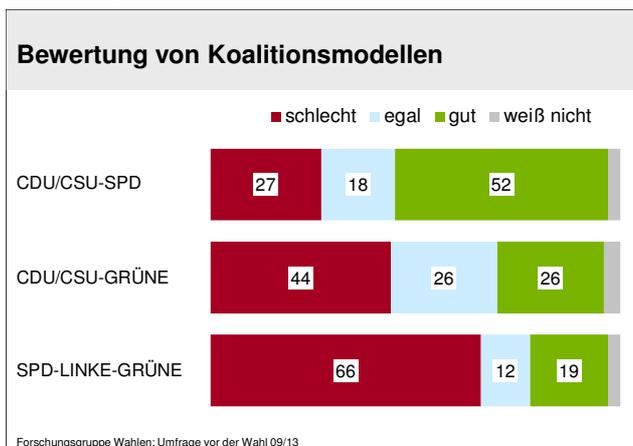
Land, das die Deutschen trotz Euro-Krise klar besser aufgestellt sehen als 2009. Mehr denn je hat der Erfolg dabei einen Namen: Mit herausragender Leistungsbilanz und lagerübergreifender Wertschätzung schafft Angela Merkel das beste Kanzlerimage nach 1990 und ist bei erneut gestiegener Kandidatenbedeutung zentraler Erfolgsfaktor: 68% sehen in Merkel, und nur 21% in der Politik der Union den Hauptgrund für das sehr gute CDU/CSU-Abschneiden.



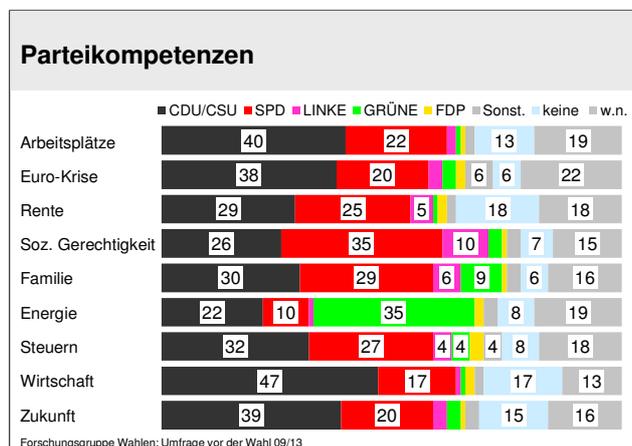
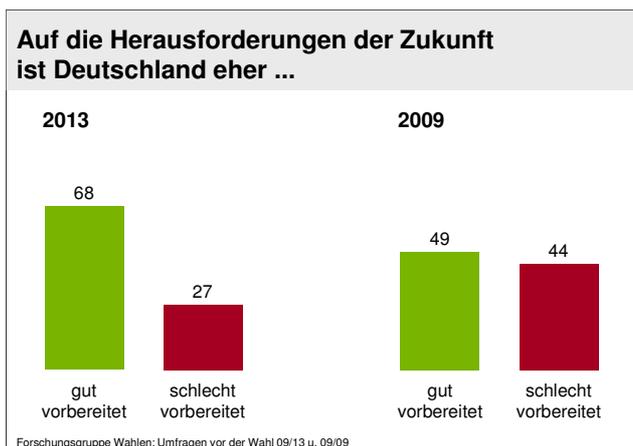
Kommend von einem konstant hohen Leistungsniveau – 80% attestieren der Kanzlerin gute und nur 17% schlechte Arbeit – erzielt Merkel einen Ansehenswert von 2,1 auf der +5/-5-Skala, der mit auf Nicht-Polarisierung beruht: Unter Unionswählern bei überragenden 3,9, sind die Noten auch in sämtlichen anderen Anhängerschaften positiv. Peer Steinbrück kommt nur auf insgesamt 0,7 und fällt zudem im Profilvergleich ab: Selbst wenn zahlreiche Bürger vielfach keinen Unterschied sehen, ist der SPD-Spitzenkandidat im direkten Duell mit der Kanzlerin chancenlos, die neben Euro-Krise und Jobs vor allem bei Sympathie und Durchsetzungskraft sehr weit vorne liegt.



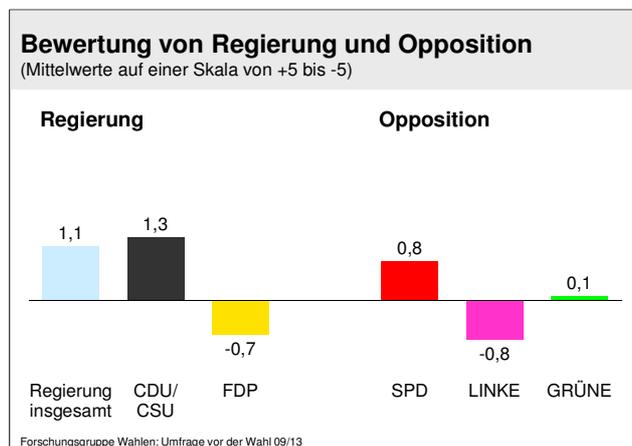
Resultat von Leistungs-, Image- und Profillbewertung sind klare Verhältnisse in der K-Frage: 60% der Deutschen wollen Merkel und nur 31% Steinbrück als Kanzler/in – kein Rekordvorsprung, bei einem steigendem Kandidatenfaktor jedoch hochrelevant: Nach 19% 2005 und 28% 2009 war jetzt für 34% aller Befragten und 45% der CDU/CSU-Wähler wichtiger, wer Kanzler wird, und nicht, welche Parteien nach der Wahl zusammen regieren (56%). Hierbei ist eine große Koalition – die 52% der Wahlberechtigten gut und 27% schlecht fänden (egal: 18%) – die einzig akzeptierte Variante, wogegen Schwarz-Grün nur 26% aller Deutschen positiv bewerten und Rot-Rot-Grün lediglich 19%.



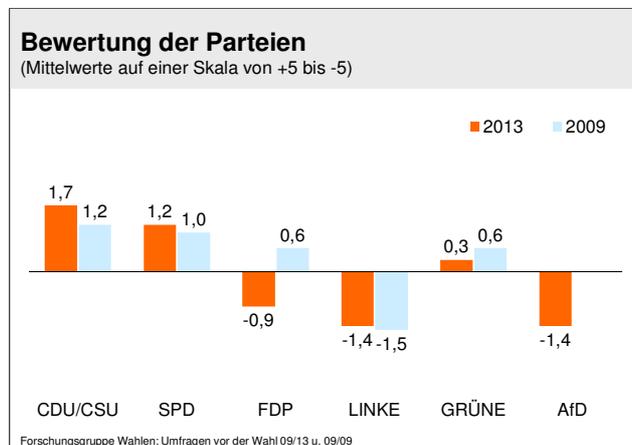
Die SPD kann ihr personelles Defizit bei den Sachkompetenzen nur partiell kompensieren. Mit viel Zuspruch für allgemeinen Mindestlohn und erhöhte Spitzensteuer zwar bei Sozialer Gerechtigkeit führend, und familienpolitisch auf Augenhöhe mit der Union, fällt die SPD bei den ökonomischen Dimensionen weit hinter den Wahlsieger zurück: In einem privat- wie gesamtwirtschaftlich verbesserten Umfeld, in dem 68% (2009: 49%) in Deutschland viel Zukunftspotential sehen (schlechte Zukunftsvorbereitung: 27%; 2009: 44%) und sogar 81% eine bessere Wirtschaftslage als bei unseren westeuropäischen Nachbarn (schlechter: 3%; kein Unterschied: 14%), gilt die CDU/CSU bei Wirtschaft, Jobs und Euro-Krisenpolitik als klar kompetenteste Partei.



Bei den Parteikompetenzen fast unsichtbar bleibt die FDP, deren Absturz sich aber primär mit historischen Imageeinbußen und einer nie dagewesenen Zweiklassengesellschaft im Kabinett erklärt: Während die Regierungsarbeit der Union mit 1,3 klar positiv bewertet wird, stehen die Liberalen bei minus 0,7 heftig in der Kritik.

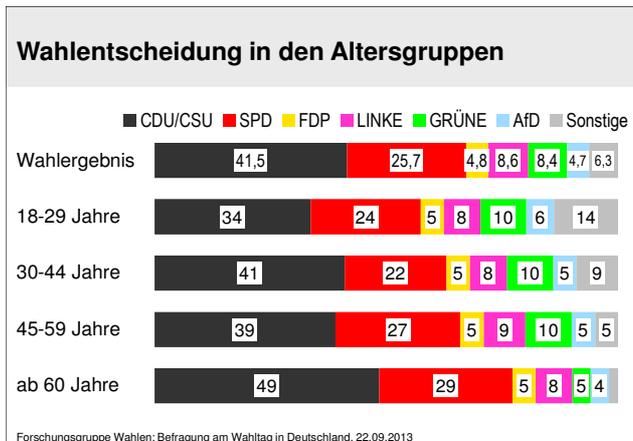


Beim Parteiansehen fällt die FDP auf miserable minus 0,9, wogegen sich die Union auf 1,7 erheblich verbessert. Tendenziell ähnlich, aber weit weniger diskrepant, der Trend im rot-grünen Lager, wo sich die SPD auf 1,2 steigert, die Grünen mit 0,3 hingegen Reputation verlieren.

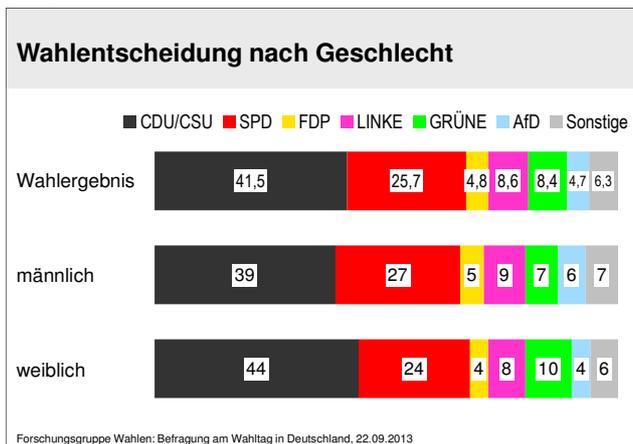


Die Linke stagniert beim Parteiansehen bei minus 1,4 und wird damit genauso negativ gesehen wie die AfD mit ebenfalls minus 1,4. Deren Unterstützung basiert für 67% aller Befragten auf Unzufriedenheit mit den

etablierten Parteien und für insgesamt 14% auf Politikinhalt, auch wenn das Euro-Thema den AfD-Wählern besonders wichtig war und diese selbst den relativen Erfolg der AfD konträr zu allen Befragten überwiegend programmatisch erklären.

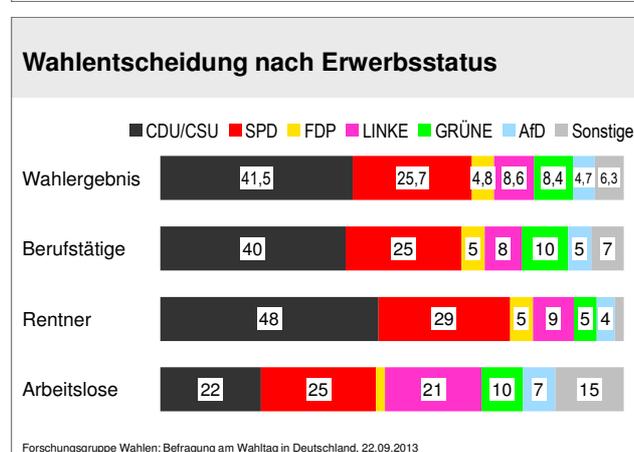
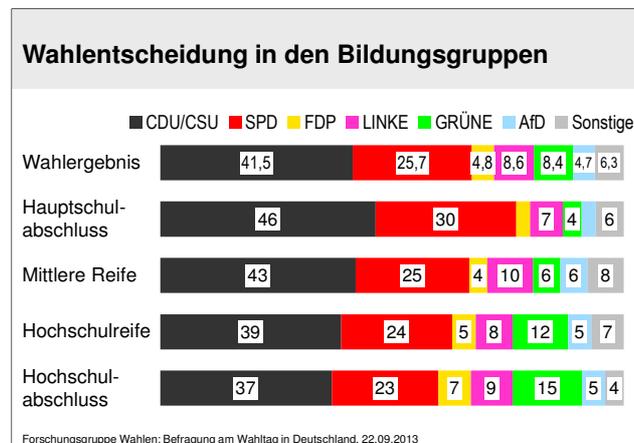


Zentrale Stütze des Unionsieges ist wie gewohnt die Generation 60-Plus: In dieser großen und beteiligungsstarken Wählergruppe schafft die Union 49%, im Detail 44% bei den ab 60-jährigen Männern und sogar 53% bei den ab 60-jährigen Frauen, wobei auch insgesamt das Gender Gap bei der Union mit 39% männlichen und 44% weiblichen Wählern wie schon 2009 vergleichsweise deutlich ausfällt. Bei allen unter 30-Jährigen kommt die Union auf 34%, die SPD kann sich hier um starke sieben Punkte auf 24% verbessern, wogegen die Grünen hier vier Punkte auf 10% verlieren und die Liberalen massiv auf 5% (-12) einbrechen.



In kleinen Orten und Gemeinden mehr als doppelt so stark wie die SPD, hat die Union in Großstädten mit 32% weiterhin große Defizite. SPD, Linke und Grüne liegen in Großstädten mit 30%, 11% bzw. 12% über

dem Schnitt, zudem bleiben die Grünen wie gewohnt bei Hochschulabsolventen mit 15% und die Linke bei Arbeitslosen mit 21% stark. Bei Wählern ohne Job kann mit 7% auch die AfD punkten, die außerdem von Männern mit 6% mehr Unterstützung erfährt als von Frauen mit 4%.



Die Bundestagswahl endet mit einer überlegenen Union, die nach einer einmaligen Kräfteverschiebung im bürgerlichen Lager und einer historischen Zäsur in einem Bundestag ohne FDP allerdings einen neuen Partner braucht. Nach dem beispiellosen Absturz der Liberalen sowie einer – sehr ungleich gelagerten – Stärkung beider großer Parteien ist das Ergebnis auch ein Votum pro große Koalition: Als von den Deutschen einzig klar akzeptierte Bündniskonstellation scheint diese die politisch tragfähigste Variante in einem fragmentierten Parteiensystem, in dem – parlamentarisch zwar reduziert – mit der AfD seit Jahrzehnten erstmals wieder eine ganz neue Partei im Bund viel Zuspruch erhält, die neben diffusem Protest durchaus auch latent-populistisches Potenzial binden kann (Mannheim, 23.09.2013).

Herausgeber: Forschungsgruppe Wahlen e.V.

68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel.: 0621/1233-0, FAX: 0621/1233-199

Internet: www.forschungsgruppe.de

E-Mail: info@forschungsgruppe.de

Die Zahlen basieren auf einer telefonischen Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen unter 1.572 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten in Deutschland in der Woche vor der Wahl sowie auf einer Befragung unter 46.595 Wählern am Wahltag. Weitere Grafiken und Berichte zur Bundestagswahl im Web unter: www.heute.de. Nächstes bundesweites Politbarometer am 27.09.2013. Rundungsbedingte Summenabweichungen sind möglich. Dieser Newsletter kann unter: Bestellung@forschungsgruppe.de für eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von € 15,- bestellt werden.